Region der Zukunft
Landkreis Darmstadt-Dieburg

Fraktionsvorlage

Vorlage-Nr.:	**0133-2011/DaDi** vom 20.05.2011 (Referenz-Vorlage: 3960-2010/DaDi)
Aktenzeichen:	731-001
Fachbereich:	Koalition der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Frau Bürgermeisterin Christel Sprößler Frau Brigitte Harth
Beteiligungen:	
Produkt:	**1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

Nr.	*Gremium*	*Status*	*Zuständigkeit*
1.	Infrastruktur- und Umweltausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Verkehrsentwicklungsplan für den Landkreis Darmstadt-Dieburg**
Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Der Bericht zum „Verkehrsentwicklungsplan (VEP) des Landeskreises Darmstadt-Dieburg“ (Anlage DS 3960) wird zur Kenntnis genommen. Die Ergebnisse im Straßenverkehr sind eine modellhafte, fachliche Grundlage für Meinungs- und Entscheidungsprozesse.

2. Den darin genannten Handlungsschwerpunkten:
   - Ressourcenschonende Verkehrswegeplanung
   - Verkehrsspitzen brechen, Landverbrauch in Grenzen halten
   - Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Richtung der Zentren
   - Unterstützung der Mobilität für Jung und Alt
   - Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Ortsverbindungsstraßen
   - Wirksame CO2-Reduzierung des (motorisierten) Individualverkehrs
   - Bessere ÖPNV-Anbindung (abends, SA/SO) und bessere Bahnanbindung nach Frankfurt, Mannheim, Heidelberg, Mainz und Aschaffenburg
   - Barrierefreie Fußwege und Haltestellen
   - Verbesserung der Radverkehrsverbindungen

   wird zugestimmt, sie sind für den Kreistag verkehrspolitische Ziele der zukünftigen Entwicklung im Landkreis.

3. In den unter Ziffer VII. im Bericht genannten weiterführenden Handlungsansätzen wird insbesondere im Bereich des „Mobilitätsmangement“ ein politischer Schwerpunkt gesehen. Unter Berücksichtigung der Ziele einer integrierten Siedlungs- und Verkehrsplanung ist zeitnah mit den zuständigen Akteuren (insbesondere

den Kommunen) ein umfassendes Handlungskonzept durch den Kreisausschuss zu erarbeiten und mit den Kreisgremien abzustimmen.

4. Der VEP soll bei Veränderung der verkehrlichen Rahmenbedingungen fortgeschrieben werden, um sich aktuellen Entwicklungen anzupassen. Unter Bezug auf die unter P. 2. beschriebenen Handlungsschwerpunkte soll ein ständiger Dialog mit Darmstadt und den angrenzenden Landkreisen im Sinne einer möglichen gemeinsamen Verkehrsplanung erfolgen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.